



13.11.2017

Gemeinsame Pressemitteilung des Diözesan-Caritasverbandes Trier und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Mahnruf von Caritas und ver.di an Politiker: Pflegenotstand endlich beheben

Der Diözesan-Caritasverband Trier und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di haben sich heute, 13. November, mit einem „Mahnruf“ für eine bessere Personalausstattung in den Krankenhäusern an die Bundestagsabgeordneten der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland gewandt. Caritas und ver.di fordern die Politiker auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine fachlich kompetente und menschliche Pflege ermöglichen: „Wir appellieren eindringlich an Sie persönlich, machen Sie Ihren Einfluss geltend und ergreifen Sie Maßnahmen, um dem Pflegenotstand entgegenzuwirken. Setzen Sie sich für eine Entlastung der Pflege und eine nachhaltige, zweckgebundene Finanzierung neuer Pflegestellen ein und helfen Sie uns, damit das Thema endlich den notwendigen Stellenwert im Bundestag erhält“, so das von Diözesan-Caritasdirektorin Dr. Birgit Kugel und dem Landesbezirksfachbereichsleiter des ver.di-Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saarland, Frank Hutmacher, unterzeichnete Schreiben.

Die Dringlichkeit der Problemlösung begründen Caritas und ver.di mit einer Zunahme der Patienten in den Krankenhäusern. Im Jahr 2016 waren es 19,5 Millionen Patienten, 3 Millionen mehr als 10 Jahre zuvor. Die Verweildauer ist im gleichen Zeitraum drastisch gesunken, was neben neuen Behandlungsmethoden vor allem auch auf die Einführung des Fallpauschalensystems im Krankenhausbereich (DRGs) zurückzuführen ist. „Die Arbeitsbelastung in der Pflege ist heute an einem Punkt angekommen, der sowohl für die Pflegenden selbst als auch für die Patienten nicht mehr hinnehmbar ist“, so Kugel und Hutmacher. Der Gesetzgeber sei gefordert, den finanziellen Spielraum für eine bessere Personalausstattung zu schaffen, damit eine nachhaltige Entlastung der Pflege zeitnah in Gang gesetzt werden kann. „Das bedeutet konkret, dass den Krankenhäusern ausreichend Finanzierungsmittel zweckgebunden für die Einstellung zusätzlicher Pflegekräfte zur Verfügung gestellt werden“, fordern Caritas und ver.di.